

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

26.9.1930 (No. 224)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Karlsruhe

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. ...
Kontokorrentkredit für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Senkung der Löhne und Gehälter

Die ganze innere Politik der letzten Monate steht im Zeichen des Versuchs, die Fehler des Unglücksjahres 1927 wieder gutzumachen, Fehler, die vor allem in der Erhöhung der Beamtgehälter und in der damit verbundenen Gehalts- und Lohnerhöhung in den Ländern, den Gemeinden und der Wirtschaft zu erblicken sind und weiter in der Tatsache, daß man bei der Schaffung eines an sich durchaus notwendigen Gesetzes, des Gesetzes der Arbeitslosenversicherung, Paragraphen aufnahm, die sich in Zeiten der Arbeitslosigkeit als überaus bedenklich und schädlich erweisen mußten. Es wäre besser für unser Volk und seine Wirtschaft, besser für eine ruhige und gesunde Entwicklung im Innern gewesen, wenn schon vor einem Jahre das Kabinett Hermann Müller die Einsicht und Energie aufgebracht hätte, um die Fehler von 1927 wieder zu corrigieren. Wäre das geschehen, so hätten wir einen solchen Abstieg, wie den in diesem Jahr erlebten, nicht zu beklagen.

Wir haben schon vor Monaten darauf hingewiesen, daß die öffentlichen Finanzen und die Wirtschaft nur gedeihen können, wenn man Löhne und Gehälter nicht mehr nach ganz bestimmten sozialpolitischen Theorien festsetzt, sondern sie der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpaßt. Drei Millionen Arbeitslose und ein erneuter Steuerrückgang in der Höhe von 300 Millionen zeigen uns heute zur Genüge, wie unpraktisch das Gebäude der Gehalts- und Lohnpolitik war, welches wir aufgerichtet hatten. Und wenn das Reichskabinett vorgestern vielleicht noch etwas gezögert hat, so haben gestern die Nachrichten über die neue Unruhe an der Börse, über die neuen Kursrückgänge des Reichskabinetts sozusagen gezwungen, jene Maßnahme zu treffen, von der man allein eine Gesundung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik erhoffen darf, mag diese Maßnahme zunächst auch von allen Betroffenen bitter empfunden werden.

Die wachsende Arbeitslosigkeit und das neue Defizit im Reichshaushalt haben im Zusammenhang mit der ganzen parlamentarischen Ungeklärtheit der Lage die Situation an der Börse für uns verschlechtert. Es haben gestern neue und bedeutende Effektenverkäufe stattgefunden, die angesichts fehlender Aufnahmefähigkeit einen starken Druck auf das Kursniveau ausübten. Und die Nervosität hat sich in gewissem Umfang auch auf den Devisenmarkt übertragen.

Vorgestern schrieben wir an dieser Stelle, daß ohne grundlegende Änderung der bisherigen Lohnpolitik die Arbeitslosigkeit nicht mit Erfolg bekämpft werden wird. Und für jeden Menschen, der ein wenig nachdenkt, ist diese Erkenntnis ja eine Selbstverständlichkeit. In Zeiten wirtschaftlicher Not und Bedrängnis ist es doch noch immer besser, überhaupt eine bezahlte Arbeit zu finden, als arbeitslos zu sein. Und auch ein geringerer Lohn ist der Erwerbslosigkeit vorzuziehen. In Zeiten der Not kann man keine politischen Löhne zahlen. Und es war unser Verhängnis die ganzen letzten 11 Jahre hindurch, daß man immer wieder auf unsere faktische Verarmung hinwies, dabei aber Löhne und Gehälter bezahlte, die sich jedenfalls mit der Tatsache dieser Verarmung nicht zusammenreimen ließen. Ein großer Teil des Mittelstands einschließlich der kleinen Rentner ist bei dieser Methode der politischen Löhne auf der Strecke geblieben. Und es ist, sozialpolitisch gesehen, gewiß kein bloßer Zufall, daß gerade die Parteien der Mitte und des Mittelstandes bei den Wahlen immer mehr und mehr an Boden verloren. Es ist selbstverständlich, daß eine Senkung der Beamtgehälter eine entsprechende Senkung des allgemeinen Lohn- und Gehaltsniveaus nach sich ziehen wird. Da das Reichskabinett zugleich unter Zurückgreifen auf die Kartellverordnung auf eine Senkung der Preise hinarbeiten wird, wird nach einer sehr unangenehmen Übergangszeit wahrscheinlich die Senkung der Löhne und Gehälter durch ein Billigerwerden der Lebensmittel ausgeglichen werden. Es versteht sich von selbst, daß bei einem Sinken des Lohn- und Gehaltsniveaus in einem Betrieb auch die Preise niedriger kalkuliert werden können. Und auch mit der Wahrscheinlichkeit der Neueinstellung von Arbeitern ist in dem Augenblick zu rechnen, in dem sich die Absatzfähigkeit und die finanzielle Situation der Wirtschaft schlechthin etwas bessert. Bei alledem ist aber Voraussetzung, daß die Landwirtschaft saniert wird. Wir haben jahrelang diese wichtigste Erkenntnis aller kontinentalen Nationalökono-

Letzte Nachrichten

Die Kabinettsbesprechungen in Berlin

WTB. Berlin, 26. Sept. (Tel.). Das Reichskabinett hat gestern den ganzen Tag über mit Ausnahme einer Mittagspause die Beratung seiner Maßnahmen fortgesetzt. Die Verhandlungen gehen heute weiter. Ob sie heute zu Ende geführt werden können, steht noch nicht fest, vielmehr rechnet man in unterrichteten Kreisen mit der Möglichkeit, daß ein Abschluß und die dafür angekündigte Mitteilung an die Öffentlichkeit erst am Samstag möglich sein wird. Über den Inhalt der bisherigen Beratungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

25 Jahre deutscher Städtetag
Eröffnung der Hauptversammlung

WTB. Dresden, 26. Sept. (Tel.). Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde heute vom Präsidenten Dr. Mulert eröffnet, der die zahlreichen Ehren Gäste, Mitglieder der Reichsregierung, der preussischen Regierung, der sächsischen Regierung, Mitglieder der Parlamente, des Reiches und der Länder, Vertreter der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und befreundeter Verbände begrüßte.

In seiner Ansprache, „25 Jahre Deutscher Städtetag“, führte Präsident Dr. Mulert Johann u. a. aus: Aus den 144 Mitgliedsstädten und 7 Städtebünden des Gründungsjahres 1905 mit einer Einwohnerzahl von 16,2 Millionen sind bis zur Gegenwart 279 unmittelbare Mitglieder mit 26,5 Millionen Einwohnern geworden, zu denen noch 913 mittelbare Mitglieder mit 5,4 Millionen hinzukommen. Der Deutsche Städtetag erfaßt demnach 32 Millionen Menschen. Das Schicksal der Gemeinden ist ein allgemeines deutsches Problem geworden. Aufgabe des Deutschen Städtetages ist es, darauf hinzuwirken, daß bei der kommenden Reichsreform die jetzigen Mängel im Reichsaufbau, auch soweit sie die Gemeinden in der untersten Instanz betreffen, beseitigt werden und daß damit den Gemeinden neben dem Reich und den Ländern eine staatsrechtliche Stellung eingeräumt wird, die sie voll zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben fähig macht.

Falschmeldungen des „Echo de Paris“

WTB. Paris, 26. Sept. (Tel.). Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Genf hatte zu einem leicht erkennbaren Zweck die falsche Nachricht in die Welt gesetzt, Außenminister Curieux sondiere, um eine Erhöhung der Effektivbestände der Reichswehr von 100 000 auf 150 000 Mann zu erlangen, und außerdem, daß Deutschland binnen kurzem ein Moratorium für die Reparationszahlungen fordern werde. Die franz. Delegation in Genf hat diesen Falschmeldungen ein energisches Dementi entgegen gesetzt.

Es ist notwendig, hervorzuheben, daß das „Echo de Paris“ sich nicht für verpflichtet gehalten hat, dieses Dementi zum Abdruck zu bringen. Für dieses Unterlassen ist nicht nur die Redaktion des Blattes, sondern auch der Korrespondent Laforce, der augenblicklich in Genf für das Blatt tätig ist, verantwortlich zu machen.

Korfanth verhaftet

WTB. Kattowitz, 26. Sept. (Tel.). Der Abgeordnete des schlesischen Sejms und Führer der Oppositionspartei, Korfanth, ist heute vormittag durch Kriminalbeamte nach einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung verhaftet und im Auto wegst transportiert worden. — Der schlesische Sejm wurde aufgelöst.

Der gefeierte Hearst

WTB. New York, 26. Sept. (Tel.). Randolph Hearst, der bei seiner Rückkehr aus Europa von dem New-Yorker Empfangskomitee unter Führung von 2 Senatoren begrüßt und wegen seiner Ausweisung aus Frankreich besonders festlich gefeiert wurde, ist von der Stadtverwaltung Chicago zu einer offiziellen Feier eingeladen worden, bei der ihm auf Beschluß des Magistrats wegen seiner patriotischen Tat, die der Anlaß zu seiner Ausweisung aus Frankreich war, der Dank der Bevölkerung ausgesprochen werden soll. Die Stadtverwaltung von Boston (Massachusetts) und Oakland (Kalifornien) haben ähnliche Feiern für Hearst in Aussicht genommen.

Rücktritt des türkischen Kabinetts

WTB. Ankara, 25. Sept. (Tel.). Ministerpräsident İsmet Paşa überreichte heute dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Kabinetts, das vom Präsidenten angenommen wurde. Der Çali hat bereits mit den Besprechungen über die Neubildung des Kabinetts begonnen und die Präsidenten der Kammer und die Parteiführer empfangen.

„Geaf Zeppelin“ ist am gestrigen Donnerstagabend von der Ostsee zurückgekehrt und in Friedrichshafen glatt gelandet.

mie viel zu sehr ignoriert, nämlich die, daß es einer Wirtschaft und einem Volke nur dann gut gehen kann, wenn es der Landwirtschaft gut geht. „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt!“ Und die Sanierung der Landwirtschaft wird denn wohl auch in dem Programm des Reichskabinetts unter den positiven Aufgaben die erste Stelle einnehmen.

Wirtschaftliche Umschau

Elektrifizierung und Arbeitsbeschaffung — Deutsche Erdböden — Zucker

Aufs neue wird jetzt, und zwar diesmal von Frankfurt aus, die Elektrifizierung der durch Hessen und Baden führenden jüdischdeutschen Nord-Südstrecke Frankfurt-Heidelberg-Basel verlangt. Ein im Landesbahndirektorat Frankfurt a. M. gestellter Antrag des Oberbürgermeisters enthält diese Forderung, die sowohl mit der Notwendigkeit großzügiger Arbeitsbeschaffung wie mit dem Bedürfnis begründet wird, das Rückgrat des westdeutschen Nord-Südverkehrs im Anschluß an die längst erfolgte Elektrifizierung der schweizerischen Strecke Chiasso-Basel und dadurch auch die allgemeine Wirtschaft der durchfahrenen Gebiete zu kräftigen. Vom badischen Standpunkt aus ist natürlich diese neue Aktion besonders zu begrüßen, durch die auch die Vorbedingungen zur Ausnützung der großen Wasserkraft unseres Landes geschaffen würden.

Die Elektrifizierung der Nord-Südstrecke schien der badischen Wirtschaft von vornherein dringlicher noch als die längst in Angriff genommene und nicht vorwärtskommende der Ostweststrecke. Hier laufen ja bereits die Züge Salzburg-München elektrisch, aber nach Westen kam man infolge Geldmangels seit Jahren nicht weiter. Nur die kleine Reststrecke von Mannheim bis Augsburg ist endlich wieder im Bau und soll bis Sommer nächsten Jahres vollendet werden. Wann Ulm, also die württembergische Grenze, erreicht wird, und wann endlich die Elektrifizierung nach Bruchsal, Karlsruhe und Kehl gelangen soll, steht noch ganz dahin. Da die Elektrifizierung Ostwest auch einen Teil der Nord-Südstrecke umfassen würde (von Bruchsal oder mindestens zunächst von Karlsruhe bis Kehl), hätte man sich mit ihrer Vortreibung von Osten her schließlich in Baden einigermassen abgefunden, weil man eben den anschließenden elektrischen Ausbau der Hauptbahn als logische und technische Konsequenz ansah. Das langsame Weiterkommen dieses Planes rechtfertigt aber nun durchaus den neuen Versuch, die Elektrifizierung der Nord-Südstrecke unabhängig davon zu betreiben.

In unserem Blatt ist bereits vor einiger Zeit auf die Wichtigkeit des Projekts hinsichtlich der Belegung des Arbeitsmarktes hingewiesen worden. Oberbaurat Dr. Helmle vom Badenwerk hat in einem vielbeachteten Artikel seinerzeit betont, daß das Reich von den vielen Millionen, die es für die zwangswise Feiernden als verloren ausbebe, einen verhältnismäßig bescheidenen Teil der Reichsbahn à fonds perdu zuweisen könne, um der Bahn die Finanzgriffnahme der dann bestimmend dauernd sehr wirtschaftlichen Umstellung des Dampfahrbetriebes auf den elektrischen schmacht zu machen, und dadurch zahlreiche Beschäftigungslose wieder an die Arbeit zu bringen. Auch Auslandskapital könne wegen der Rentabilität dieser Arbeiten herangezogen werden. Die benachbarte Schweiz gab hier ein Beispiel, als sie sich mit der Bahnelektrifizierung in volkswirtschaftlich herorragender Weise über eine Periode großer Arbeitslosigkeit hinwegholf.

Der deutsche Boden enthält zweifellos beträchtliche Schätze an Erdöl, und sind auch die bisher in Hannover und vor dem Kriege im benachbarten Elsaß bei Bechtelbrunn gewonnenen Mengen im Vergleich zur Weltölproduktion und zum deutschen Bedarf gering, so glauben doch Sachverständige, daß durch Bohrungen in Nordwestdeutschland wie auch in Süddeutschland weitere Lager erschlossen werden könnten. Bisher war allerdings nichts von Erfolgen der Bohrungen in Bruchsal und im pfälzischen Wienwald (wo die J.-G.-Farben sucht) zu hören. Immerhin hatten wir auch in Süddeutschland schon ein Gebiet, in dem eine Zeitlang sehr wertvolles, paraffinreiches Erdöl gewonnen wurde, am Tegernsee. Dort ist aber inzwischen die Gewinnung als nicht wirtschaftlich auch wieder eingestellt, dafür eine bei den Bohrungen von holländischen Unternehmern erschlossene, sehr starke methangashaltige Zodschwefelquelle für den Baderbetrieb nutzbar gemacht worden. Fachleute sagen, daß sich von den Karpathen bis nach Frankreich erdölbaltige Schichten hinziehen, daß aber in Süddeutschland starke Vorkommen nur in größeren Tiefen werden gefunden werden können, und daß es für die Abbaumwürdigkeit darauf ankommt, daß poröse Gesteinslager, in denen sich das Erd-

öl ansammeln könnte, dort vorhanden sind. Ölansammlungen sind u. a. (die bekanntlich auch in Nordbadeen vorhandenen) Schwefelquellen, sowie Erdgasquellen, die in feinem Ölgehalt fehlen und an Bruchlinien von Erdölgebieten aufsteigen.

Vor einiger Zeit hat der bekannte amerikanische Oligarch Harry F. Sinclair, der im Januar in Köln die Deutsche Sinclair-Petroleum-G. m. b. H. gründete, in einem Interview erklärt, daß im deutschen Boden solche Ölmengen vorhanden sein müßten, daß daraus der deutsche Bedarf vollständig gedeckt werden könnte. Man nimmt zwar an, daß es Sinclair und seiner Gesellschaft vor allem um den Vertrieb amerikanischer Benzins in Deutschland zu tun sein wird, könnte aber vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft nichts dagegen haben, wenn amerikanisches Kapital zu neuen (äußerst kostspieligen und auch risikoreichen) Ölbohrungen sich entschließen würde, für die in Deutschland die erforderlichen Kapitalien gar nicht frei gemacht werden könnten. Sinclair denkt anscheinend nur an Bohrungen in Nordwestdeutschland. Auch die deutsche Rohölförderung selbst zeigt übrigens in ihren seit der Nachkriegszeit dauernd anwachsenden Ziffern die Ausbaufähigkeit der Gewinnung dieser Bodenschätze. Sie ist von 38 000 Tonnen (1921) auf 104 000 (1929) gestiegen, während wir rund 1,2 Millionen Tonnen (1928) einführen.

Die Entwicklung auf dem Zuckermarkt mit seiner weit über den Bedarf gehenden Erzeugung illustriert besonders die weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten und zeigt ihre Ursachen auf. Im Krieg war die Rohrzuckererzeugung in den Tropen (Kuba, Philippinen, Java) besonders gesteigert worden. England, das vorher fast ausschließlich deutschen Rübenzucker kaufte, stellte sich auf den Konsum von Rohrzucker um, der nun als Rohrzucker aus den Kolonien bezogen und in einer neu geschaffenen Raffinationsindustrie verarbeitet wird. In Amerika, das gleichfalls ein guter Käufer deutschen Zuckers war, entstand eine große eigene Rübenzuckerindustrie, die übrigens jetzt gleichfalls unter der Konkurrenz des Rohrzuckers leidet und bis jetzt vergeblich nach Auswegen sucht, ihre Lage zu erleichtern. Kuba, Westindien und die Philippinen weigern sich, ihre Erzeugung in dem von Amerika verlangten Maß einzuschränken, und man ging nach Verhandlungen, die eine neue Weltzuckerkonvention hätten vorbereiten können, ohne Ergebnis auseinander.

In Europa trat nach dem Krieg als stärkster Produzent nach Deutschland und auch als schärfster Konkurrent selbst auf dem Inlandmarkt die Tschechoslowakei auf. Auch für Deutschland ist eine Zuckerausfuhr nur als Verlustgeschäft möglich. Der tschechoslowakische Zucker konnte aber schließlich nur dadurch mit gewaltigen Weltmarktpreisen mit großen Mengen auf dem Weltmarkt konkurrieren, daß der Inlandpreis mit Unterstützung des Staates auf das Vierfache des Weltmarktpreises hinaufgesetzt wurde, so daß also die Konsumenten dieses Landes die künstlich hochgetriebene Ausfuhr in beispiellos hoher Weise mitbezahlen mußten. Jetzt kann man aber nicht mehr weiter und muß eine große Anzahl von Zuckerraffinerien stilllegen, um die einfach nicht mehr absetzbare Erzeugung einzuschränken.

Dadurch wird die ja schon seit einiger Zeit durch erhöhte Zölle besser geschützte deutsche Zuckerindustrie eine gewisse Erleichterung ihrer Lage erfahren. Sie hat reichlich keinerlei Ausichten, eine so wichtige Exportindustrie wieder zu werden, wie sie es vor dem Krieg war, auch wenn es einmal endlich zu der immer wieder angeführten Weltzuckerkonferenz und internationalen Abmachungen kommen sollte. Zunächst muß, angesichts der großen Rübenenernte, die bei einem Inlandverbrauch von 32 Millionen Zentner die Ausfuhr von mindestens 11 Millionen Rohzucker verlangt, gleichfalls an eine Einschränkung der Produktion gedacht werden, denn jeder Zentner Ausfuhrzucker bringt der deutschen Zuckerwirtschaft einen Verlust von 13,50 Reichsmark. Es bleibt gar kein anderes Mittel als eine großzügige Produktionsregelung durch Kontingentierung der Erzeugung und Einschränkung der Ausfuhr, sei es durch die deutsche Zuckerwirtschaft selbst, in der man einzig über die Notwendigkeit ist, in der aber tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Berechnung der Erzeugungsquoten bestehen, sei es durch Reichsgesetz. Es werden dabei Mittel gesucht werden müssen, möglichst große Mengen Rüben vor allem der Verwendung als Futtermittel dienlich zu machen, um die Verluste aus der Ausfuhr möglichst zu verringern.

Deutscher Erfolg bei der Memelbeschwerde

Das vom Völkerbundsrat eingeleitete Juristenkomitee hat beschlossen, den deutschen Antrag auf Verhängung der Memelbeschwerde auf die Tagesordnung des Rates zu setzen. Der Einspruch Litauens gegen die juristische Zuständigkeit des deutschen Antrages ist somit zurückgewiesen. Wie verlautet, wird der Rat schon in einer der nächsten Sitzungen über die weitere Behandlung der Frage beschließen und einen Berichterstatter ernennen. Die materielle Behandlung der Memelbeschwerde selbst dürfte spätestens in der kommenden Woche erfolgen. Für die Verhandlungen des Völkerbundsrates wird in Genf die Ankunft des litauischen Gouverneurs im Memelgebiet erwartet.

Der Weizen-Vermahlungszwang. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, soll das Reichskabinett auf Grund eines Antrags des Reichsernährungsministers Schiele die Erhöhung der geltenden Vermahlungsquote für inländischen Weizen von 60 auf 80 Proz. in Aussicht genommen haben.

Rücktritt der österreichischen Regierung Entwicklung nach Rechts

Das österreichische Kabinett Schöber ist am Donnerstag zurückgetreten, wurde aber mit der Fortführung der Geschäfte beauftragt. Man glaubt, daß der christlichsoziale Baugoin mit der Neubildung der Regierung betraut werden wird. Der frühere Bundeskanzler, Dr. Seipel, der in Oslo Vorträge über die Verhältnisse in Österreich halten wollte, wurde nach Wien zurückberufen. Schöber hatte genau vor einem Jahr die Regierung übernommen, damals wurde er als Vizekanzler von den bürgerlichen Parteien an die Spitze der Regierung berufen. Der rechte Flügel der Christlichsozialen hat ihn jetzt gestürzt, noch vor den Neuwahlen des Parlaments, die im Frühjahr stattfinden. Es bleibt die Frage, ob Baugoin eine parlamentarische Mehrheit zusammenbringt, oder ob das Parlament alsbald aufgelöst werden wird. Großdeutsche und Landbündler haben bisher zu der neuen Situation noch keine Stellung genommen; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie die Beteiligung an der Regierung beschließen.

Wien, 26. Sept. (Tel.). Der Rücktritt Schöbers wird in der gesamten Presse unter Betonung seiner Verdienste um den Wiederaufbau Österreichs besprochen.

In der „Reichspost“ erklärt ihr Herausgeber, Dr. Funder, die jetzige Regierungskrise sei nicht ausgebrochen, weil die Lösung der Personalfrage auf Widerstände gestoßen sei, sondern weil der Führer des Kampfes gegen die Korruptionsercheinungen, Vizekanzler Baugoin durch eine entscheidende und vor dem ganzen Volk sichtbare Handlung den bisherigen Verschleppungen ein Ziel setzen wollte. Das Landbündlerorgan, das „Neue Wiener Extrablatt“ schreibt: Die Tatsache, daß die Christlichsozialen dem Bundeskanzler Schöber ohne Begründung das Vertrauen entziehen oder mit Begründungen, die der überwältigende Teil der Bevölkerung niemals verstehen wird, belastet die Christlichsozialen mit der vollen Verantwortung für die kommenden Dinge. Im „Neuen Wiener Journal“ erklärt der Herausgeber, Lippowitz: Schöber mußte gehen, weil er keine Gewähr mehr dafür bot, daß er den großen, lebensnotwendigen Kampf gegen die Auswüchse des Austromarxismus mit ungebrochener Energie zu Ende führen werde. In der „Arbeiterzeitung“ wird die Regierung Schöber eine Regierung der legalen Reaktion genannt, welche sich nicht von den Forderungen der beschworenen Verfassung habe abdrängen lassen.

Die deutschfeindlichen Grundgedanken in Prag

Die hauptsächlich von Kreisen der Nationaldemokratischen Partei ausgehenden, richten sich in erster Linie gegen das Deutschtum in der Tschechoslowakei. Die Nationaldemokratische Partei führt mit den schärfsten Mitteln einen teilweise geradezu fanatischen Kampf gegen alles Deutsche, gleichgültig, ob es sich um deutsche Aufschriften an Häusern, deutsche Speisefarten oder ähnliches handelt. Der Bürgermeister von Prag, der Mitglied der Nationaldemokratischen Partei ist, unterstützt indirekt die Bewegung. In Berlin wird ein Bericht des deutschen Gesandten erwartet. Erst danach können Beschlässe über eventuelle diplomatische Schritte in Prag gefaßt werden.

Auch am Donnerstag wurden die Grundgedanken in Prag fortgesetzt. Es wurde dabei eine Anzahl Personen verhaftet. Die Kinobesucher mußten sich verpflichten, die deutschen Tonfilme von dem Programm abzusehen. Am Donnerstag zog die Menge zum Deutschen Hause auf dem Graben, wo etwa 70 Fenstersteine zerstört und einige Schüsse in das Innere des Hauses abgegeben wurden. Die vor dem Deutschen Hause vertriebenen Menschen wurden von der Menge niedergeschlagen. Bei dem entstandenen Handgemenge wurden viele Personen verletzt.

Ein deutscher Schritt

Wien, 26. Sept. (Tel.). Der deutsche Gesandte, Dr. Gosh, der schon am Mittwoch eine Rücksprache mit dem Vizekanzler des Außenministers, Minister Krofta, hatte, hat sich heute früh erneut zu diesem begeben, um auf den schweren politischen Rückschlag aufmerksam zu machen, den die Prager Ereignisse der letzten Tage in den Beziehungen der beiden Staaten herbeiführen können, und auf die nachteilige Wirkung dieser Vorgänge auf die öffentliche Meinung in Deutschland hingewiesen. Er hat dabei betont, daß er auf die wirtschaftliche Seite der tatsächlichen Aufzehrung der deutschen Tonfilme einwirken noch nicht eingehen. Minister Krofta sprach sein Bedauern über die Vorgänge und versicherte den guten und ernstlichen Willen der Regierung, diesen nachteiligen Vorgängen ein schnelles Ende zu bereiten.

Das Blutbad in Moskau

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Erschießung der 48 Angehörigen der Organisation Hsjanow in Moskau einen starken Eindruck gemacht. Unter den Erschossenen befanden sich ein General und 14 Offiziere der alten Armee, mehrere Kaufleute, drei Professoren. Die übrigen 51 Angehörigen der Organisation werden nach Sibirien verbannt. Die letzte Waffenhinrichtung durch die OGPU fand im Jahre 1927 statt. Damals wurden 21 Personen hingerichtet, unter ihnen Fürst Dolgorufski, der das Haupt der Verschwörung gegen die Sowjetregierung gewesen sein soll.

In der Sowjetpresse sind ganze Spalten mit Telegrammen und Adressen kommunistischer und proletarischer Organisationen gefüllt, in denen die OGPU zu ihrem erfolgreichen Schlage beglückwünscht und schonungslos Anwendung der „äußersten Strafmaßnahme“ gefordert wird, mit welcher Bezeichnung bekanntlich die Todesstrafe umschrieben wird.

Ein eiserner Fond? Stalins

Wien, 26. Sept. (Priv.-Tel.). Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ meldet, eine aufsehenerregende Enthüllung über die „finanziellen Operationen“ Stalins durch seine kommunistischen Gegner sei unmittelbar bevor. Ein umfangreiches Aktienstück sei vor kurzem in einer der größten Banken Berlins im Namen eines führenden russischen Bolschewisten hinterlegt worden. Dieses Aktienstück, das erst nach dem Tode des Hinterlegers oder bei seinem Verschwinden aus Russland geöffnet werden dürfe, enthalte angeblich unwiderlegbare Beweise für Stalins doppelte Rolle in der kommunistischen Sache und für die Unterschlagung großer Staatsmittel.

Von zuverlässiger Seite verlautet, so heißt es in der Meldung des Blattes weiter, daß Stalin seit mehreren Jahren große Beträge, die durch den Verkauf von Sowjetwaren und -summen im Ausland erzielt worden seien, einem besonderen Konto, das als „eiserner Fond“ bekannt sei, habe überweisen lassen. Dieses Konto solle unangefastet bleiben, solange die Bolschewisten am Ruder seien, und dürfe nur angerührt werden, um „eine erfolgreiche Gegenrevolution in Russland“ zu bekämpfen. Das Geld sei in ausländischen Banken im Namen der Vertrauten Stalins hinterlegt worden, von denen die Mehrzahl jetzt die früheren Bolschewisten auf den Regierungsposten erhebt habe. Das Vorhandensein des Fonds sei allen Bolschewisten im Politbüro bekannt.

Verbot eines kommunistischen Treffens. Der Regierungsrat von Schaffhausen hat für den 28. September von den Kommunisten geplante rote Kundgebungen verboten.

Hitler als Zeuge

Aus dem Leipziger Prozeß

Hitler wurde am Donnerstag auf seine Aussagen vor dem Reichsgericht vereidigt. Aus seiner weiteren Vernehmung ist in Ergänzung des gestern Gemeldeten noch mitzuteilen:

Als der Vorsitzende ihn fragte, was Hitler unter dem Wort „Zwang“ verstanden haben will, der zu den Vorgängen des Novembers 1923 in München geführt habe, der aber nicht Hitlers Wunsch entsprach, antwortete Hitler: Zunächst über die Entwicklung der Sturmabteilungen zu einer Kampftruppe nicht durch mich eingeleitet worden, sondern auf Wunsch von amtlichen Dienststellen. Diese amtlichen Dienststellen haben sich damals an uns gewandt mit dem Ersuchen, die Sturmabteilungen in eine militärische Organisation umzuwandeln. 1923 war die Situation so, daß die Gefahr bestand, daß der latente Kriegszustand zwischen Bayern und dem Reich zum Ausbruch kam, und es war nur die Frage, ob es ein Kampf unter der bayerischen Fahne gegen die Reichsregierung oder unter einer großdeutschen Fahne werden würde. 1925 habe ich festgestellt, daß die Streifenperiode von 1923 endgültig ausgelöscht, und daß die Bewegung wieder zu den alten Grundgedanken geführt werden müsse. Ich habe meine Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen. Ich habe in allen Fällen, wenn es zu Übertretungen gekommen ist, Augenblicklich durchgegriffen, und ich habe eine ganze Anzahl, zum Teil alter, verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben.

Der Vorsitzende verliest einen Artikel. Darin heißt es u. a.: Aber die Schwere des Kampfes läßt uns Hitler nicht im Unklaren, wenn er sagt: Köpfe werden in diesem Kampf in den Sand rollen, entweder die anderen oder die unseren, also sorgen wir, daß es die anderen sind! Hitler: Ich glaube, der Verfasser dieses Artikels hat hier die große geistige Revolution im Auge gehabt, in der wir uns heute befinden. Wenn diese Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, der November 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen. Der Begriff „Nationale Revolution“ wird immer als innenpolitischer Vorgang aufgefaßt, für die Nationalsozialisten ist es aber eine allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes. Eine solche Bewegung wird aber nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet. Diese Bewegung wird kommen, es sei denn, man gibt dem deutschen Volke seine Lebensmöglichkeit. Deutschlands Geist wird durch die Friedensverträge gelähmt. Die gesamte deutsche Gesetzgebung ist nichts anderes als eine Vereitelung der Friedensverträge. Wir aber sehen diese Friedensverträge nicht als ein Gesetz an, sondern als etwas Aufgezwungenes. Wir erkennen unsere Schuld am Kriege nicht an, vor allem nicht für die kommenden Geschlechter. Wenn wir gegen diese Verträge mit allen Mitteln Stellung nehmen werden, befinden wir uns in einer Revolution. Wir werden gegen diese Verträge vorgehen, sowohl auf diplomatischem Wege, wie wir auch Stellung gegen sie nehmen werden durch ihre restlose Umgestaltung.

Vorsitzender: Hofften Sie, weite Kreise dazu zu bringen, daß gekämpft wird? Hitler: Das ist unmöglich, da die Bewegung kein Instrument der Gewalt ist. Die Propaganda, die wir betreiben, ist mindestens so gigantisch wie die Umstellung zum marxistischen Gedanken oder die Umstellung aus dem Feudalstaat zum demokratisch-parlamentarischen Staat. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten werden 20 gemacht werden, und wir werden die absolute Mehrheit haben. Meine Gegner haben nur ein Interesse: Die Bewegung als staatsfeindlich hinzustellen, weil sie sich auf vollständig legalen Wege den Staat erobert. Allerdings, sie haben recht, daß unser legaler Sieg eine vollständige Umwälzung bedeutet. Wir werden einen Staat von Eisenstärke wiederherstellen, das wird die Umwälzung sein.

Vorsitzender: Welche Bewandnis hat es mit dem dritten Reich? Hitler: Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staat mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel. Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen versuchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht.

Der Vorsitzende fasste die Aussage Hitlers dahin zusammen, daß die Errichtung des dritten Reiches auf verfassungsmäßigem Wege eritrete werde. Was meinten Sie, wenn Sie in der Reichswehrschonendnummer sagten, der Soldat muß zum Träger des völkischen Gedankens erzogen werden? Haben Sie die Absicht, die Wehrmacht zu politisieren?

Hitler: Nein. Wir sind der Meinung, daß die Armee in dem Augenblick des Zusammenbruchs des alten Gedankens zum Begriff „Deutsch“ zurückzuführen muß. Wenn die Armee zum rein mechanischen Instrument der Regierung würde, so müßte sie im Kampfe gegen die nationalen Volkseere des Auslandes unterliegen. Auch eine Armee dient der Erhaltung des Volkstums, Staatsform kann sich ändern, das Volk aber muß in unverändertem Bestande erhalten bleiben.

Vorsitzender: Wukten Sie davon, daß zwei der Angeklagten anfangs November 1929 zum politischen Büro der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei kamen?

Hitler: Ich habe davon gehört. An sich empfangen wir grundsätzlich keine Deputationen. Ich habe nie gewußt, daß Jellenbildung beabsichtigt ist. Ich halte seit 1923 keinerlei Verbindung mit der Wehrmacht aufrecht. Ich habe nie mit Offizieren verhandelt. Wenn ein Reichswehroffizier mich sprechen möchte, so sage ich ihm, ich habe die Überzeugung, daß der Geist unserer Reichswehr verkehrt ist. Selbstverständlich werde ich nicht zur Behörde gehen und den Offizier denunzieren.

Der Gegenzeuge Zweigert

Staatssekretär Dr. Zweigert vom Reichsinnenministerium, ist von der Reichsanwaltschaft geladen worden und soll darüber aussagen, welches Material dem Reichsministerium des Innern über die umstürzlerischen Pläne der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vorliege. Er erklärt:

Das Reichsministerium des Innern ist im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach seiner Ansicht ergibt, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei schon seit ihren Anfängen umstürzlerische Ziele verfolgt. Das Material ist niedergelegt worden in einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern, die eine Übersicht über die Entwicklung der Partei und eine Zusammenstellung von Äußerungen ihrer Führer enthält. Der Reichsminister des Innern hat schließlich noch Material dafür, daß der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, vor dem sogenannten Hitler-Rußch gegenüber den zuständigen bayerischen Stellen Loyalitätserklärungen abgegeben hat, die zum Teil ehrenwörtlichen Charakter haben, und in denen er versprochen hat, seinen Putz zu machen, daß er aber trotzdem am 9. November 1923 den bekannten Putz in München ins Werk gesetzt hat, weswegen er vom Volksgericht in München mit 5 Jahren Gefängnis bestraft worden ist.

Präsident: Herr Hitler hat nun heute gesagt, es sei richtig, daß 1923 der Putz vor sich gegangen sei, aber gegen seinen Willen.

Staatssekretär Zweigert: Ich habe nicht die Aufgabe, ein Gutachten über das abzugeben, was der Zeuge Hitler hier gesagt hat. Ich bin hier nur Zeuge. Das von mir bezeichnete Material muß wie ich wiederhole, zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden, denn es ist nicht möglich, den Beweis für die Tätigkeit der Nationalsozialistischen Partei und für ihre Gesamtinstellung nur durch die Aussage des Mannes zu führen, der der Führer dieser Partei ist.

Es ist im Reichsministerium des Innern nicht unbekannt, daß gerade prominente Führer der Partei wiederholt die Erklärung abgegeben haben, daß sie jede Gewaltanwendung ablehnen. Diese Erklärung hat vor mehreren Jahren einmal auch Dr. Fried abgegeben. Trotzdem hat der Reichsminister des Innern in den letzten zwei bis drei Jahren an der Auffassung festgehalten, daß das Gesamtbild der Betätigung, wie es heute in der Denkschrift niedergelegt ist, zu dem Schluß zwingt, daß die Partei nicht nur auf legale Wege eine Änderung der bestehenden Verhältnisse anstrebt. Diese Denkschrift enthält Material, in der Hauptsache nur aus den letzten drei Jahren. Es wird einmal auf das Jahr 1925 zurückgegriffen; aber sonst bezieht sich die Denkschrift gerade auf die Zeit, über die sich der Zeuge Hitler hier ausgelassen hat.

Präsident: Ob wir den Inhalt der Denkschrift zum Gegenstand der Verhandlungen machen können, erscheint mir zweifelhaft. Was für Schlüsse aus der Aussage des Zeugen Hitler zu ziehen sind, das ist Sache des Gerichts. Deshalb bin ich der Ansicht — ich bin hier nur einer der fünf Reichsrichter, die hier über die Schuldfrage zu entscheiden haben —, daß im Rahmen dieses Prozesses auf die Denkschrift nicht zurückgegriffen zu werden braucht. Reichsanwalt Dr. Nagel erklärt, daß sich das Material des Innenministeriums nicht so rechtzeitig heranschaffen und bearbeiten lasse, daß ein ungezügelter Fortgang des Prozesses gewährleistet werde. Er stelle daher für den Fall der Verpöpfung dieses Materials den Antrag der Verurteilung.

Nach dem Beschluß des Senats, Adolf Hitler auf seine Aussagen zu vereidigen, weil gesetzliche Gründe für die Nichtvereidigung nach Ansicht des Gerichtshofes nicht vorlägen, erklärte Staatssekretär Dr. Zweigert, ihm scheinbar auf Grund dieses Beschlusses seine Anwesenheit zwecklos zu sein. Staatssekretär Zweigert wurde entlassen und verließ mit den übrigen vom Innenministerium entsandten Beobachtern den Sitzungssaal.

Der heutige Verhandlungstag

W.D. Leipzig, 26. Sept. (Tel.) Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages wurde Oberleutnant Witzler vom Artillerieregiment 12 — Hannover — vernommen. Er schilderte eine Unterhaltung, die er am 24. November 1924, mit Rudin in Hannover in der Wohnung des Leutnants Lorenz hatte. Rudin habe seine Auffassung über die Reichswehrfrage und wehrfeindliche Stimmung entwickelt. Er habe sich darüber ausgesprochen, daß in den vaterländischen Kreisen teilweise die Ansicht bestünde, daß das Meer allmählich zu einer roten Parteidiktatur werde, und daß es notwendig sei, gegen diese Auffassung bei den vaterländischen Verbänden Stellung zu nehmen. Es sollte eine enge Fühlungnahme mit den vaterländischen Verbänden und wahrscheinlich vor allem mit den Nationalsozialisten angestrebt werden. Für diesen Gedanken sollten die Offiziere wirken, insbesondere auch in den Unteroffizierskreisen. Der Vorsitzende wies den Zeugen auf seine Aussage hin, wonach Rudin erklärt haben soll, daß unter allen Umständen ein bewaffnetes Vorgehen der Wehrtruppe gegen die Nationalsozialisten vermeiden werden müßte. Der Zeuge erklärte, daß, wenn er das damals ausgesagt habe, dann stimme es. Er habe die Sache damals freier im Gedächtnis gehabt als heute. Von der Möglichkeit eines gewaltsamen Sturzes der Regierung sei ihm nicht die Rede gewesen. Ein ministerieller Befehl sei ergangen, am 11. August nicht auf der Straße zu bleiben und in Zivil in die Kasernen zu kommen. Eine Beschwerde dagegen, die in der Sache auch nach Auffassung des Regimentskommandeurs berechtigt gewesen sei, aus formellen Gründen aber abschlägig beschieden werden mußte, habe den Kommandeur zwischen ihm und Rudin gerissen. Doch sei er der Überzeugung, daß Rudin nicht Staatsverbrechensverdächtig vorgeht.

Es meldet sich sodann der militärische Verteidiger, Hauptmann Weindel, zum Wort und weist darauf hin, daß die bisherigen Vernehmungen sich zum größten Teil auf Kasinogespräche, teils sogar in vorgerichteter Stimmung, bezogen hätten, welchem Gesichtspunkt bei der Voruntersuchung nicht genügend Rechnung getragen worden sei.

Ein groteskes Mißverständnis

W.D. Berlin, 26. Sept. (Priv.-Tel.) Im Laufe des gestrigen Abends trat in der Reichshauptstadt und in anderen Städten, auch des Auslandes, das Gerücht auf, daß auf Reichsaußenminister Dr. Curtius ein Anschlag verübt worden sei. Die Zeitungseditionen wurden mit Anfragen aus dem In- und Ausland bedrängt. Es erwies sich sehr bald, daß das Gerücht auf einem grotesken Mißverständnis beruhe. Die Berliner Funkfunde sandte gestern abend ein Hörspiel von Erich Gernsperger, das den Titel führte: „Der Minister ist ermordet“, und die Ermordung Rathenau's behandelte. In einer szenenmäßig vorgelesenen Unterbrechung des Hörspiels kündigte der Anführer gemäß der Regiebeschriftungen an: „Der Reichsaußenminister ist um 20.08 Uhr ermordet worden.“ Eine Anzahl der Hörer, die nur diese Worte vernahmen und die Meldung für eine der Tagesnachrichten des Berliner Senders hielten, glaubte auf Grund einer noch ungelärten Ideenassoziation, daß ein Revolveranschlag auf den Reichsaußenminister in Genf verübt worden sei. Auf diese Weise wurde das wilde Gerücht in Umlauf gesetzt.

Eine neue Berliner Korruptionsaffäre

Im Anschaffungsamt der Stadt Berlin erschienen am Donnerstag, wie die „Voss. Zig.“ mittelt, im Auftrage der Staatsanwaltschaft Beamte der Kriminalpolizei, die einen Teil der Korrespondenz und der Akten beschlagnahmten. Gleichzeitig wurde eine Hausdurchsuchung in den Geschäftsräumen der Deutschen Papier-Manufaktur in der Wallstraße vorgenommen, wo gleichfalls Bücher und Belege beschlagnahmt wurden. Dem genannten Blatt zufolge liegen dem auffeherregenden Vorgehen der Staatsanwaltschaft folgende Tatsachen zugrunde: In diesem Monat ist ein Abteilungsleiter des Anschaffungsamtes, namens Laubrinus, der die Abteilung Schreibwaren und Druckfachen unter sich hatte, freiwillig aus seiner Stellung ausgeschieden und trat gleich darauf als Mitinhaber in die Fa. Deutsche Papier-Manufaktur in der Wallstraße ein. Die Staatsanwaltschaft vermutet, daß Laubrinus als Magistratsangestellter diese Firma schon direkt und indirekt bevorzugt hatte. Da außerordentlich schwere Verdachtsmomente vorliegen, entschloß sich die Staatsanwaltschaft zu der eingangs erwähnten Maßnahme.

Badischer Teil

Rheinschiffahrtsverband Konstanz

Zu der am 5. Oktober in Konstanz stattfindenden Hauptversammlung des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz hat der Staatspräsident Dr. Schmitt sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Es liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor, die u. a. darauf zurückzuführen sind, daß bei der Tagung erstklassige Fachleute, wie Geh. Legationsrat a. D., Professor Dr. Soepfl, Wien, und Sektionschef Ingenieur Runtzen vom Eidgen. Wasserwirtschaftsamt Bern, aktuelle Thematika behandeln. Der Eintritt zur Versammlung ist frei.

Baden auf der Internationalen Hygieneausstellung von 1930 in Dresden

Auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden sind aus Baden als Aussteller die nachfolgenden Firmen beteiligt:

Brenner Frig., Konjervenfabrik G. m. b. H., in Karlsruhe; Drahtwerke G. m. b. H., Mannheim-Waldhof, Apparaturen für Apotheker; Enginger-Uniomerwerke AG., Mannheim; Juncker & Kuh AG., Karlsruhe, Gerbe; Frey & Kasper, Singen a. S.; Artikel für Fußpflege; Krafft Andion, St. Blasien, Artikel für Therapie der Schwerehörigkeit; Raquet C., Vereinigte Fabriken in Heidelberg, Geräte für Heilgymnastie; Medizinische Darmabapparate G. m. b. H., Forstheim; Physiologisch-technische Werkstätten G. m. b. H., Freiburg i. Br.; Calubrawerke AG., Grenzach, abwaschbare Tapeten; Stoll Albert, Waldshut, Fabrik neuzeitlicher Arbeitsstühle „Federdreh“; Stoll G. m. b. H., Mannheim-Redaran, Fabrik elektrischer Spezialartikel.

In den Ausschüssen und sonstigen Organisationen der Ausstellung begegnen wir den folgenden Namen aus Baden: Dr. Schöff, Direktor des pathologischen, anatomischen Instituts der Universität Freiburg; Dr. F. Fischer, Karlsruhe, Professor Dr. Fischer, Freiburg bzm. Dablen; Dr. Gottschlich, Rektor der Universität Freiburg; Professor Dr. Sellbach, an der Universität Heidelberg; Obermedizinalrat Dr. Roemer in Jlenau; Dr. Schmitt, Staatspräsident und Finanzminister des Freistaats Baden; Geh. Neg.-Rat Dr. Uhlenhut, Freiburg; Dr. Walli, erster Bürgermeister der Stadt Mannheim; Dr. Birth, Reichsminister des Innern, und Dr. Zimmermann, Apotheker in Jlenau.

Das Großkraftwerk Rhburg-Schwörstadt

Nachdem vorletzte Woche die Reite der Jungmänner für die große nördliche Baugrube oberhalb des Krafthauses gesprengt worden waren, konnte Mitte Monat mit dem Einbau des Rheines begonnen werden. Im Unterraum, westlich des Krafthauses, werden gegenwärtig mit allen Anstrengungen noch die letzten Umfassungsmauern der großen Erdengrube beseitigt, damit das Wasser bald ungehindert vom Krafthaus weg sich wieder in den Strom ergießen kann. Auf der badischen Seite, dem Schwörstädter Boden, sieht man die großen Schalthaus-Straßenteilungsanlagen, sowie die gewaltige Freilufttransformeranlage entstehen.

Seine Einstellungen bei der Reichsbahn

Zur Zeit geht durch die Presse die Nachricht, daß die Reichsbahn beabsichtigt, eine größere Anzahl technischer und nicht-technischer Dienstleistungen einzustellen. Es handelt sich hierbei um die Wiedereingabe einer Anzahl März dieses Jahres verbreiteten und damals richtigen Nachrichten, die infolge der inzwischen erfolgten Deduktion des Bedarfs heute überholt ist. Weitere Dienstleistungen werden für dieses Jahr von der Reichsbahn nicht mehr eingestellt. Bewerbungen bei den Reichsbahndirektionen sind daher gegenwärtig zwecklos.

Allgemeiner Deutscher Bäderverband

In Badenweiler hält der Allgemeine Deutsche Bäderverband vom 26. bis 28. September seine 39. Generalversammlung ab. Am Freitag und Samstag sind in der Hauptstadt Einzelkämpfer der verschiedenen Ausschüsse u. a. für wissenschaftliche Bäderwerbung, für wissenschaftliche Quellforschung u. a., sowie verschiedene Referate über das Bäderwesen, Klimatologisches usw. Die öffentliche Generalversammlung findet am Sonntag statt.

Die Tagung wurde eröffnet durch eine Zusammenkunft im Parkhotel am Donnerstagsabend. Unter den bereits zahlreich erschienenen Teilnehmern bemerkte man u. a. den badischen Innenminister Dr. Willemann mit Gattin, den früheren Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, Ministerialrat Dr. Kriesperger, den Oberbürgermeister von Baden-Baden, Kurdirektoren aus vielen deutschen Bädern, Landrat Schmidt-Wülffelm begrüßte im Namen der staatlichen Bäderverwaltung die zahlreichen Gäste und betonte, daß Deutschlands Bäderwesen dank der Arbeit des Bäderverbandes und dank der Unterstützung seitens der Regierung auf hoher Stufe stehe, was auch vom Ausland anerkannt wurde. Regierung und Bäderverwaltung würden alles daransetzen, daß die deutschen Kurorte diese führende Stellung beibehalten können.

Der Vorsitzende des Bäderverbandes, Dr. Geh. Wiesbaden, sprach in seiner Eröffnung u. a. auch der Kurverwaltung Badenweiler den Dank für die geleistete umfangreiche Vorarbeit aus.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 34 enthält eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über die korrektionelle Nachhaft im Arbeitshaus Kislau, sowie eine Ergänzungsverordnung über die Ein- und Durchfuhr lebender Tiere aus dem Ausland.

Die Fundamente, nicht abgeholtene Hand- und Reisepäckstücke sowie unanbringlichen Frachtgüter, die im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im 2. Kalendervierteljahr 1930 anfielen, werden — wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich — am 29. September, 2. und 3. Oktober 1930 im Versteigerungsraum des Hauptbahnhofes Karlsruhe (Eingang Maxaubahnhof) jeweils 8 und 14 Uhr beginnend, öffentlich versteigert.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Von der Rückseite der nordwestlichen Zyklone ist Kaltluft polaren Ursprungs über England nach Süden vorgezogen und hat über Westeuropa einen von Grönland bis zu den Azoren reichenden Hochdruckkern aufgebaut, der die Zufuhr maritimer Warmluft nach Europa vorläufig abriegelt. Unter dem Einfluß der kalten Nordwestströmung haben wir Temperaturrückgang und vorerst noch wolfiges Wetter zu erwarten. Wetterausblick: Weitere Abkühlung, sonst keine wesentliche Änderung.

Aus der Landeshauptstadt

Ausstellung „Die Hauswirtschaft“

Der Karlsruher Hausfrauenbund veranstaltet seine Ausstellung, weil er zeigen möchte: Schau her, so führst du deinen Haushalt rationell, so statte ich dein Heim schön aus, so machst du deinen Mann glücklich, so hilfst du deinen Kindern. Nie hat die Hausfrau Gelegenheit, das, was sie zum Haushalt braucht, so eingehend kennenzulernen, wie auf einer Ausstellung, nie hat der Aussteller Gelegenheit, so eng mit seinen Käufern Fühlung zu nehmen, Ratsschläge und Anregungen zu hören. Wer will den wirtschaftlichen Wert einer Ausstellung bestreiten, durch die manch neuer Gedanke ans Tageslicht gelangt, manche Einrichtung geändert, manche Ausgabe vermieden und manche segensreiche neue Quelle entdeckt wurde! Die vom Karlsruher Hausfrauenbund in der städt. Ausstellungshalle vom 27. September bis 5. Oktober veranstaltete hauswirtschaftliche Ausstellung wird auch deshalb eine besondere Anziehungskraft ausüben, weil ihr zum ersten Male eine Fischereiausbildung angegliedert ist. Der Rheinberufsfischereiverein Karlsruhe-Mannheim, der zusammen mit der Vereinigung badischer Sportfischer die Fischereiausstellung übernommen hat, verfolgt durch diese Veranstaltung den Zweck, zu zeigen, welche Fischearten im Rhein hauptsächlich vorkommen, um dadurch zugleich das Interesse der Bevölkerung für den Genuß von Süßwasserfischen, die bekanntlich unter den Nahrungsmitteln in gesundheitlicher Hinsicht eine der ersten Stellen einnehmen, zu wecken. Die wichtigsten Rheinische wie Karpfen, Schleie, Hecht, Barsch, Aal, Weißfische (Rotauge, Brachsen) sind in den in der Ausstellung aufgestellten Aquarien zu sehen, so daß sich jedermann ein Bild von der Vielgestaltigkeit des Fischlebens im Rhein machen kann. Mit der Ausstellung ist gleichzeitig ein Fischverkauf verbunden. Lebende Rheinische und geräucherte Rheinische werden zu billigen Preisen verkauft, um die Bevölkerung mehr an die Fischerei zu gewöhnen.

Wohlfahrtbriefmarken 1930

Die Deutsche Rothilfe gibt auch im laufenden Jahre wieder Wohlfahrtbriefmarken heraus. Sie weisen deutsche Städtebilder auf. Die Wohlfahrtbriefmarken gelten als vollwertige Postwertzeichen im In- und Ausland. Auf den Frankierungswert wird ein kleiner Wohlfahrtsaufschlag erhoben, welcher für „Ältere Mütter“ und „Ältere Jugend“, insbesondere für deren Erhaltungsfürsorge Verwendung finden soll. Der Verkauf der Marken beginnt am 1. November 1930 und endet am 15. Januar 1931. Die postalische Gültigkeit der Marken erlischt am 30. Juni 1931.

Der Vertrieb der Marken in Baden erfolgt durch die nachgenannten, der Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege angeschlossenen Wohlfahrtsvereine: Badischer Frauenverein vom roten Kreuz, Karlsruhe, Kaiserallee 10, Caritasverband der Erzdiözese Freiburg, Freiburg i. Br., Wolfenbüttelstr. 20, Gesamtverband der Inneren Mission in Baden, Karlsruhe, Medienbachstr. 14, Badischer Landesverein vom roten Kreuz, Karlsruhe, Stephaniensstr. 74, Verband altkatholischer Frauenvereine Deutschlands, Landesverband Baden, Karlsruhe, Dörflerstr. 1, Bund israelitischer Wohlfahrtsvereinigungen in Baden, Karlsruhe, Kronenstr. 15, 5. Wohlfahrtsverband, Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Str. 1, Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, Karlsruhe, Stephaniensstr. 74, Hauptauskunft für Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Baden, Mannheim R 8, 14, Landeswohlfahrtsauskunft der christlichen Arbeiterkraft, Baden, Karlsruhe, Göttingerstr. 20.

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe. In einer Bürgererversammlung wurde auch die Frage der Erwerbung des Geländes des alten Hauptbahnhofes — das zum Teil für eine Großmarkthalle, zum Teil für Wohnungsbauten verwendet wird — erörtert. Hierbei teilte ein Mitglied des Stadtrates mit, dieser habe in eingehender Prüfung des ganzen Fragenkomplexes sich für die Bewilligung der Mittel aus einem ganz besonders stichhaltigen Grund entschieden. Bekanntlich sei in diesen Tagen die Reichsbahndirektion Magdeburg aufgehoben worden. Das gleiche Schicksal könnte auch eine süddeutsche Direktion treffen: Karlsruhe oder Ludwigshafen. Der Aufhebung der Karlsruher Direktion habe der Stadtrat insofern entgegenwirken wollen, als er der Reichsbahndirektion das Gelände zu diesem Preis abgekauft habe, zumal sie damit die Verpflichtung eingegangen sei, das Kaufgeld für neue Betriebsgebäude in Karlsruhe zu verwenden. Dadurch werde nicht allein der Wirtschaft geholfen, sondern auch die Gewähr geboten, daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe der Landeshauptstadt erhalten bleibe. Jede Stadt müsse heute Opfer bringen. Nachweisbar hätten sich sogar Städte erbötigt, den Oberpostdirektionen neue Verwaltungsgebäude zu bauen. Mit einem ähnlichen Ansuchen habe sich auch die Oberpostdirektion Karlsruhe an die Stadtverwaltung gewandt, um sie zum Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes in der Ettlinger Straße zu bewegen, das die Postverwaltung in 10 Jahren abbezahlen will.

Hellschen in Wort und Tat ist das Thema, welches am heutigen Freitag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Künstlerhausaal Fred Marion diesmal behandelt. — Marion ist auch bei uns in Karlsruhe ein gerne gesehener Gast, seine Anhängergemeinde wächst von Vortrag zu Vortrag. Seine Stellungnahme zum Problem Hellschen ist schon insofern eine Sensation, als es wohl einige Forscher gibt, die in der Lage sind, ihre Theorien durch Tatsachen zu beweisen. Rechtzeitige Kartenbesorgung, im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, oder bei Bielerfeld, am Marktplatz, ist dieses Mal angebracht, denn die Nachfrage ist außergewöhnlich.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. September		25. September	
	Geld	sort	Geld	sort
Amsterdam 100 G.	169.21	169.55	169.07	169.41
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.52	112.23	112.45
Italien . . . 100 L.	21.975	22.015	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.39	20.45	20.381	20.421
New York . . . 1 D.	4.1965	4.2045	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.385	81.545	81.37	81.53
Wien 100 Schilling	59.20	59.23	59.195	59.315
Prag . . . 100 Kr.	12.456	12.476	12.45	12.47

Wollen Sie lange und angenehm leben? ... Dann: Immer mit Ruhe und Kaffee Hag!

Börse und Geldmarkt. Die Beruhigung und Befestigung, die am Dienstag und Mittwoch an den Börsen zu bemerken war, hat nicht Stand gehalten. Die Berliner Börse war am Donnerstag bei bedeutendem Angebot ausgesprochen flau. Die steigende Nervosität infolge der politischen Lage fand ihren Niederschlag in neuen und bedeutenden Effektenverläufen, die angesichts fehlender Aufnahmefähigkeit einen scharfen Druck auf das Kursniveau ausübten. Am Markt der festverzinslichen Werte waren die Verluste infolge von Aufnahmen der kurzregulierenden Stellen weniger bedeutend als an den Aktienmärkten. Die Nervosität übertrug sich in gewissem Umfang auf den Devisenmarkt. Es lagen wieder größere Anforderungen vor, die von der Reichsbank befriedigt werden mußten. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß zum Herbsttermin für Anleihebesitzer usw. Deviseneindeckungen erforderlich werden. Der Gesamtbetrag an deutschem Gold, der von der Reichsbank an die Bank von Frankreich in den letzten Tagen abgegeben worden ist, beläuft sich auf rund 103 Mill. Reichsmark. Angesichts der großen Bestände an Deckungsmitteln, über die die Reichsbank verfügt, ist der Verlust nicht sehr erheblich, um so mehr als ein Teil der Abgänge vermutlich auf vorsorglichen Eindeckungen der deutschen Banken beruht. Die Reichsbank weist am 25. d. M. noch 2583 Mill. in Gold aus. Dazu kommen 223 Mill. offene Devisenbestände. Außerdem befinden sich noch einige Auslandsguthaben unter den sonstigen Aktiven, so daß man auch unter Berücksichtigung der nach dem Stichtag abgegangenen 100 Mill. zu einem Gesamtbestande an Gold und Devisen von 3 bis 3,10 Mrd. gelangt, durch den der Notenumlauf zu rd. drei Viertel gedeckt ist.

Mannheimer Versicherungsunion. Am Mittwoch haben die seit einiger Zeit in der Schwebe befindlichen Verhandlungen zwischen der Mannheimer-Versicherungsgesellschaft und der Rhein und Mosel, Allgemeine Versicherungsgesellschaft, Berlin, die auf eine Fusion abzielten, zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Danach wird die Rhein und Mosel mit Aktiven und Passiven an die Mannheimer Versicherung übergeben, ohne daß hierzu eine Kapitalerhöhung der Mannheimer Versicherung erforderlich wird. Die Rhein-Mosel wurde im Jahre 1929 mit einem Aktienkapital von einer Million Reichsmark gegründet, um das deutsche Geschäft einer Straßburger Gesellschaft gleichen Namens fortzuführen. Das Aktienkapital, das zur Hälfte im Besitz der Mannheimer Firma und zur anderen Hälfte einer englischen Firma war, ist nunmehr voll an die Mannheimer Versicherung übergegangen. Der Vorjahresverlust der Rhein-Mosel in Höhe von 400 000 M wird von der Mannheimer Versicherung mit übernommen.

Gemeinderundschau

Wohnungsbau in Mannheim. Seit Beginn dieses Jahres wurden in Mannheim zur Erstellung von 1044 Neubauwohnungen städtische Baudarlehen im Betrag von rund 4,9 Millionen Reichsmark zugesagt. Die Erstellung von weiteren 190 Wohnungen wurde durch Gewährung von Zinszuschüssen gefördert.

Nach keine Stilllegung Busenbach-Brödingen. In der Angelegenheit der Stilllegung der Albtalbahnstrecke Busenbach-Brödingen ist bis jetzt nichts entschieden. Die auf 1. Oktober ausgeschrieben gewesenen Klindigungen an das Personal sind im Lauf der letzten 14 Tage wieder zurückgezogen worden.

Übergang des Kehler Gasen-Elektrizitätswerkes an das Badenwerk. Zur Zeit sind Verhandlungen im Gange zwecks Übergangs des im Rheingebiet in Kehl liegenden Turbinen-Elektrizitätswerkes an das Badenwerk. Am Mittwoch war die Personal zu unterzeichnen waren. Zu regeln sind noch die Sozialversicherungs- und Pensionsfragen der Arbeitnehmer. Die endgültige Übernahme des bisher bahneigen Werkes an das Badenwerk erfolgt voraussichtlich am 1. November 1930.

Der Kreisrat des Kreises Konstanz tagte in Mühlhausen bei Engen. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung die Übernahme einer neuen Straße von Mühlhausen nach Engen in den Landstraßenverband. Der Bau der neuen Straße war hauptsächlich infolge des außerordentlich starken Anwachsens des Verkehrs auf der Straße Engen-Singen notwendig geworden. Die neue Straße ist 6 Meter breit, vier Kilometer lang und hat eine Höchstleistung von 35 Proz. Der Straßenbau wurde ausschließlich von Arbeitslosen durchgeführt. Der Boranschlag betrug 218 000 M, wovon zwei Drittel der Staat übernahm. Nach der Sitzung des Kreisrats fand eine Besichtigung und Begehung der neuen Strecke statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg — Rehl

Der Geschäftsführer Paul Müller, der sich zur Zeit in der Schweiz aufhält, hat nochmals einen Brief an die „Heidelberger N. N.“ geschrieben, in dem er behauptet, alle Angaben über Veruntreuungen größerer Beträge, über geschleimte Transaktionen und über angebliche große Verschwendungen bei Gelagen seien falsch. Seine Bezüge seien geringer gewesen als die des anderen Geschäftsführers und hätten nur ein Bruchteil betragen von dem, was Rechtsanwalt Müller angenommen habe. Sodann schrieb er noch hinzu, er habe sich in Karau in der Schweiz dem dortigen Staatsanwalt selbst gestellt.

In unserer Nr. 220 vom 22. September 1930 ist in einer Mitteilung über Aufdeckung von Sprüchbüchern der Name eines Berliner Fabrikanten Bemb genannt, der im Zusammenhang mit der Angelegenheit Selbstmord begangen haben sollte. Es handelt sich hier um eine bedauerliche Verwechslung des Namens mit dem durch Freidort in Berlin am Leben gebliebenen Fabrikanten Felix Lewy. Eine Person obigen Namens steht mit der Affäre in gar keinem Zusammenhang.

D3. Mannheim, 26. Sept. Der Rheinbrückenbau hat begonnen. Schon gestern vormittag begannen die Arbeiter damit, einen Getreidespeicher der Ludwigshafener Walzmühle, der dicht am Ufer steht, einige Meter landeinwärts abzutragen. Die neue Rheinbrücke läuft im Zuge der Bleichstraße. Gegen Mittag traf der Schlepptau der Firma Grün & Wisting ein, der mit einem Kran und sonstigen Geräten versehen ist.

D3. Mannheim, 26. Sept. Der 51-jährige Raubtierwärter Käfer, der in Vertretung des Löwenwärters im Waldpark Dienste tat, wurde am Donnerstagnachmittag von dem im Löwentafel untergebrachten Braunbären angefallen und am Kopf und Rücken so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Erst dem zu Hilfe gerufenen Überfallkommando gelang es, den wütenden Bären von seinem noch lebenden Opfer zu trennen, und zwar mußte der Bär durch zwei Karabinerschüsse getötet werden.

D3. Mannheim, 26. Sept. Die in letzter Zeit überaus zahlreich werdenden Klagen der Bewohner und Passanten der F., G., H- und K-Quadrat (des sogenannten Jungbuchsbiertels) haben die Mannheimer Polizeidirektion zu Sondermaßnahmen veranlaßt. Und zwar ist es den in diesem Viertel liegenden Gastwirtschaften nicht gestattet, nach 10 Uhr abends noch irgendwelche Musik zu haben. Auch eine Einschränkung der Möglichkeit des Alkoholgenußes wird erwogen.

Wd. Weinheim, 25. Sept. Infolge der neuen Vorschriften über die Krankenversicherung beschloß der Ausschuß der Betriebskrankenkasse für die Fabriken der Lederwerke Karl Freudenberg G. m. b. H. die Verabreichung der Beiträge von seither 4 Proz. auf 3,25 Proz. des Grundlohnes.

D3. Plankstadt, 25. Sept. Die diesjährige Tabakernte war bedeutend früher beendet als in den vorigen Jahren. Sie ist sehr befriedigend ausgefallen. Die Sandblätter sind völlig krankheitsfrei, weisen eine gute Farbeneinheit und Blattfeinheit auf. Das Obergut ist ebenfalls von guter Qualität. Der Anlauf durch die Händler hat eingesetzt. Der Verkaufspreis bewegt sich zwischen 35—37,50 M pro Zentner.

D3. Bruchsal, 25. Sept. Der 22-jährige Geschäftsführer des Hilfsbundes Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Reichsagent Josef Schudde, in Schwöbingen, aus Hardheim (bei Buchen) gebürtig, der schon einmal in Bruchsal verhaftet, aber aus Mangel an Beweisen freigelassen wurde, ist nunmehr erneut ins Mannheimer Amtsgefängnis eingeliefert worden. Das Belastungsmaterial hat sich so sehr verdichtet, daß er wegen Massenbetrugs an den Kriegssopfern verhaftet wurde.

D3. Blauenthal (Amt Karlsruhe), 25. Sept. Dienstag nacht wurde im Rastraum des Stationsgebäudes am Bahnhof eingebrochen. Der Einbrecher war schon im Besitz der Kasse, als der diensttuende Beamte darauf, der dem Einbrecher nach kurzem Ringen die Kasse wieder abnahm. Der Einbrecher verschwand im Walde.

Wd. Müllheim, 26. Sept. Zu einer Versammlung der Bürgermeister des Bezirks Müllheim wurde die Frage erörtert, ob die Winger auch den Verkauf von Tafeltrauben vornehmen können. Die Versammlung sprach sich gegen einen derartigen Verkauf aus, denn es sei zu befürchten, daß durch den Verkauf von Tafeltrauben die Güte des Weines leiden würde. Zu einem guten Wein gehören auch die schönsten und süßesten Tafeltrauben.

Wd. Rehl, 25. Sept. Amtlich wird mitgeteilt, daß die bisher zum Grenzübertritt berechtigenden Ausweise mit dem 31. Oktober 1930 ihre Gültigkeit verlieren. Bis zu diesem Zeitpunkt hofft man alle Interessenten mit den neuen Grenzarten versorgt zu haben.

Wd. Aberglingen, 25. Sept. Die diesjährigen Obstmärkte zeigen am besten die Obstmenge im Kinzgau. 20 große und kleine Wagen mit Tafelobst standen gestern vormittag auf dem Landungsplatz, um die gleiche Zeit des Vorjahres waren es rund 100 mehr, 1929 rund 110 mehr. Es wurden für Tafelobst 18—25 Pf pro Pfund verlangt. Wofür war keines angeboten, denn es reicht den meisten Landwirten kaum für den eigenen Bedarf.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Reichstagswahl 1930.
Der Herr Reichsminister des Innern hat nachstehenden „Dank an die Wahlorgane“ ergehen lassen, den ich hiermit zur Kenntnis der beteiligten Behörden und Personen bringe: „Die Reichstagswahl hat fast 43 Millionen Stimmberechtigte zur Ausübung ihres höchsten staatsbürgerlichen Rechtes aufgerufen. Vorbereitung und Durchführung der Wahl wie Ermittlung des Wahlergebnisses haben an das Organisationsgeschick und die Arbeitskraft der Wahlbehörden des Reichs, der Länder und der Gemeinden höchste Anforderungen gestellt. Ich spreche allen beteiligten Behörden und den zahlreichen ehrenamtlich tätig gewesenen Mitgliedern der Abstimmungsbehörden und der Wahlausschüsse Dank und Anerkennung aus.“
Berlin, den 18. September 1930.

Der Reichsminister des Innern:
Dr. Wirth.

Karlsruhe, den 25. September 1930.

Der Minister des Innern:
J. B. Weigel.

Bekanntmachung

Die abgeforderte Gemarlung Großfreiwald.
Die zu dem Eigentümern der abgeforderten Gemarlung Großfreiwald einerseits, der Gemeinde Wehrhalden und dem Hauptort Boderoblmooß andererseits abgeschlossenen Vereinbarungen über die Aufteilung der abgeforderten Gemarlung Großfreiwald wurden mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt. Gleichzeitig wurde die Vereinigung des restlichen Teils der abgeforderten Gemarlung Großfreiwald mit etwa 1,02 ha mit dem Ort Oberbach mit Wirkung vom gleichen Tage angeordnet. Die Anordnung ist rechtskräftig.
Karlsruhe, den 24. September 1930.
Der Minister des Innern:
J. B. Weigel.

Zeitschriftenschau

„Die Kunst“, Größungsheft Oktober 1930. (Verlag J. Neumann, Neudamm (B., München). — Was dieser bekannte Münchener Monatschrift ihre Bedeutung gibt, ist das reiche und schöne Bildermaterial, das sie uns allmonatlich bietet und diese unvergleichliche Reichhaltigkeit, die in dem neuen Heft ihren besten Ausdruck findet, verbürgt daher auch den Vorzug und die Beliebtheit dieser Monatshefte in dem großen Kreis kunstsinziger Leser. Malerei und Plastik, besonders die zeitgenössische Malerei, sind allein schon in dem neuen Heft mit annähernd 40 Abbildungen und Kunstbeiträgen so reich vertreten, daß eine Einzelaufzählung im Rahmen dieser Besprechung zu weit führen würde; u. a. werden uns auch die charakteristischen Mosaikbilder aus den Gesellschaftsräumen des imposanten Dampfers „Europa“ in einer feinen Zeilage und ganzseitigen Bildern vorgeführt. Als Mittlerin zwischen Kunst und Leben, wie sie diese Monatschrift sein will, wird auch das Kunsthandwerk und die Wohnkultur unserer Zeit in weitestem Maße gewürdigt. Räume und Möbel der Gegenwart in vielen Abbildungen, Beleuchtungsgeräte, Wohnausbauten in der äußeren Gestaltung und inneren Einrichtung, Tafelgeschirre, Schmuck, Textilkunst, die Pflanzen als Raumschmuck und reich illustrierte Beiträge ähnlicher Art finden wir in dem zweiten Teil des Heftes. Für diejenigen Leser, die speziell für schöne Künste oder Wohnungskunst empfänglich sind, ist es wichtig zu wissen, daß billige Sonderausgaben unter den Titeln „Die Kunst für Alle“ und „Das schöne Heim“ erscheinen.

Betrifft Adreßbuch

Unter der Vorgabe, daß der Branchenanteil des Adreßbuchs diesmal einzeln erscheine, versuchen auswärtige Anzeigenwerber dafür Anzeigenaufträge zu erlangen.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß damit weder das altbekannte Adreßbuch von Karlsruhe noch das auf Grund der amtlichen Unterlagen der Reichspost erscheinende Branchen-Adreßbuch der Oberpostdirektionsbezirke Karlsruhe und Konstanz etwas zu tun hat.

Wir bitten, bei Aufgabe von Bestellungen für Adreßbücher genau zu prüfen, für welche Ausgabe ein Auftrag erteilt wird. Unsere Bestellcheine tragen am Kopf unsere Firma.

G. Braun, vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag G. m. b. H., Karlsruhe.

Steinlieferung zum Rheinbau

Bad. Rheinbauamt Offenburg vergibt in öffentlicher Verdingung die freie Lieferung von 3400 cbm Rheinbausteinen in 8 Losen auf die Lagerplätze am Rhein. Die Angebote, mit Aufschrift „Steinlieferung“ versehen, sind verschlossen und postfrei bis spätestens Donnerstag, den 9. Oktober 1930, vormittags 11 Uhr auf dem Geschäftszimmer des Rheinbauamts Offenburg, Wilhelmstraße 2, einzureichen, wo um diese Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Angebotsordrude werden an Bewerber abgegeben. Zuschlagsfrist bis 31. Oktober 1930.

Das Fundbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe verleiht am 29. IX., 2. und 3. X. 30 jeweils 8 und 14 Uhr beginnend im Versteigerungsraum Karlsruhe Hof. (Eingang Maxaubf.) öffentlich gegen Verzahlung die Fundgegenstände werden am 29. IX. von 10 Uhr an aus- u. Reisegepäck sowie unan-

Q.905. Schönau i. Schw. Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma Donat Kalle, Inhaber Alfred Kalle, Fabrikant in Rodgau, wurde am 20. September 1930 nach Bestätigung des in dem Termin vom 13. September 1930 angenommenen Vergleichs aufgehoben. Schönau i. Schw., 23. 9. 30.

Die Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
(Bad. Staatsanzeiger)
haben großen
Erfolg!

Öffentliche Verbandssparkasse Meßkirch

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Soll		Haben	
	RM		RM
Kasse	15 920,36	Spareinlagen	1 486 919,96
Guthaben bei Banken und Postsparkasse	2 627,52	Siro- und Kontokorrenteinlagen	58 228,97
Guthaben bei Bad. Komm. Landesbanken (Sirozentrl.)	309 179,47	Schulden aus Sonderkreditmitteln	24 306,08
Beihilfe	9 063,94	Anlehens- und andere Schulden	6 915,32
Kontokorrentkredite	34 254,50	Rücklagen:	
Hypothekendarlehen	797 246,70	a) gesetzl. Reservefonds	57 942,20
Gemeindedarlehen	289 490,—	b) Sonderrücklagen	55 472,05
Einlage beim Spargiroverband	38 700,—	c) Aufwertungsstock	135 889,80
Grundstückskaufgelder	159 555,50	Reingewinn v. Jahre 1929	19 697,57
Schuldverschreibungen	51 375,10		
Sonstige Darlehen	1 780,25		
Kapitalanlagen aus Sonderkreditmitteln	24 306,08		
Einnahmerückstände	65 871,63		
Gebäude	46 000,—		
Gerätschaften	1,—		
	1 845 371,95		1 845 371,95

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 545 148,93 RM Einlagen = 77 257,23 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 77 639,77 RM
somit mehr 382,54 RM

Meßkirch, den 25. September 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
J. B. Martin, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Dr. W. Müller.

Druck G. Braun, Karlsruhe



Badisches Landestheater

Samstag, 27. Sept. 1930
* C 2 Th.-Gem. 801—700
Zum erstenmal

Die Prinzessin
und der Entländer

Lustspiel von Engel und Grünwald
Regie: b. d. Teend

Mitwirkende:
Ermarth, Frauendorfer,
Genter, Janl, Nyhoff,
Rabemacher, Guß, Gebeisen,
Seiling, Gemmede, Graf,
Herz, Häder, Kloebe, Kubine,
Mehner, Müller, Brüter,
Grimm, G. Krienscherf,
Luther, S. Müller, Seibert.

Anfang 20 Ende nach 22
Preise A (0,70—5 RM)

Sonntag, 28. September:
Der lustige Krieg. Im Kon-
zerthaus: Jünke.
Mo., 29. Sept.: Amnestie.